

„Zivilcourage kann man lernen“

Sozialpsychologin Margarete Boos über die Möglichkeiten, selbst gegen den alltäglichen Rassismus aktiv zu werden – und woran das zu oft scheitert

Frau Boos, wenn Menschen rassistische Anfeindungen in der Öffentlichkeit sehen, schreiten sie oft nicht ein. Woran liegt das?

Gerade wenn solche Anfeindungen in der Öffentlichkeit geschehen, erfordert es Mut, aus der Anonymität herauszutreten und seine Meinung zu sagen. Ich gehe das Risiko ein, dass ich selber angefeindet werde. Zudem muss man in vielen Situationen erst einmal wahrnehmen, dass etwas vor sich geht, was mein genaueres Hinsehen erfordert und vielleicht später auch mein Handeln. Eine Barriere, die einen davon abhält, ist Ablenkung: Ich bin in etwas anderes vertieft, höre Musik oder lese gerade etwas und bekomme Dinge in meiner Außenwelt gar nicht mit. Oder will sie vielleicht auch nicht mitbekommen. Ich kann mich ja auch bewusst abschotten.

Scheitert Eingreifen also auch daran, dass Leute eine Situation falsch bewerten und nicht unbedingt immer daran, dass sie nicht den Mut haben einzuschreiten?

Ja genau. Die Frage ist: Interpretiere ich das jetzt als eine Situation, die mein Handeln erfordert – oder nicht. Und wenn wir in der Situation keine objektiven Anhaltspunkte haben, dann orientieren wir uns an anderen Menschen. Wenn alle beobachten und die anderen als Informationsquellen heranziehen, kann man sich ja vorstellen, was passiert: Es tut keiner etwas. Das bezeichnet man als „Bystander-Effekt“ – das paradoxe Phänomen, dass ein Opfer geringere Chance auf Hilfe hat, je mehr andere Menschen anwesend sind.

Was kann ich denn tun, wenn ich einen rassistischen Übergriff erlebe?

Was ganz wesentlich ist: sich selber nicht in Gefahr zu bringen und opferbezogen zu handeln. Also das Opfer fragen: Brauchen Sie Hilfe. Oder: Wollen Sie sich nicht hier zu uns setzen? Und nicht täterfokussiert zu handeln. Denn wir alle tendieren sehr stark dazu, uns mehr auf die Täter statt auf die Opfer zu fokussieren. Das bedeutet immer ein Eskalationspotenzial, vor allem wenn die Täter gewaltbereit sind.

Steht man sich in solchen Situationen auch selber im Weg?

Hier gilt die Devise: kleine Schritte statt Heldentaten. Man sollte sich überlegen, was ist mein Ziel? Ich sehe beispielsweise wie ein Kind im Supermarkt von Mutter oder Vater geschlagen wird. Dann sollte ich reflektieren. Ist mein Ziel, das Erziehungsverhalten der Eltern zu verändern? Das werde ich in einem Supermarkt wahrscheinlich nicht schaffen. Aber wenn ich mir ein geringeres Ziel vornehme, dann werde ich mich eher

ZUR PERSON



Margarete Boos, geboren 1954, hat den Lehrstuhl für Sozial- und Kommunikationspsychologie der Georg-August-Universität Göttingen inne. Sie hat das Göttinger Zivilcourage-Impuls-Training (GZIT) mitentwickelt, das für das Thema Zivilcourage sensibilisiert und anleitet, wie man beherzt einschreitet und sich gleichzeitig selber schützt. pmb PHOTO: PRIVAT

äußern. Also versuche ich dem Kind und den Umstehenden zu signalisieren, dass ich das nicht richtig finde und damit nicht einverstanden bin.

Lässt sich Zivilcourage lernen?

Ja, davon bin ich überzeugt. Oft muss man blitzschnell handeln, da sonst die Situation vorbei ist. Es fällt eine Äußerung oder jemand wird angegriffen. Wenn ich dann nicht in meinem Verhaltensrepertoire bestimmte Dinge schon mal geübt habe, Sätze, die ich mir zurechtgelegt habe, dann denke ich zu lange nach und das bremst mich. Aber man kann das eben üben. Genau das machen wir in unseren Trainings.

Welche Unterschiede gibt es zwischen Zivilcourage im Netz und in der analogen Welt?

Zivilcourage bedeutet im Wesentlichen, in einer öffentlichen Situation, mit einem inneren Konflikt mutig zu handeln. Ich gehe ein Risiko ein und trete für Werte ein, die mir wichtig sind. Diese Merkmale gelten sowohl online als auch offline, die Formen sind lediglich anders. Hinzu kommt, dass Hass im Netz einen unglaublichen Beschleunigungseffekt hat, Shitstorms zum Beispiel. Es geht unheimlich



Zusammenhalt braucht Mut – Graffiti in Göttingen. F.MAY/DPA

schnell, hat eine größere Reichweite und ist tendenziell öffentlicher. Auf der anderen Seite habe ich unglaublich viele Positivbeispiele gefunden, wo Menschen sich zusammenschließen und Netzwerke zur Intervention bilden, gerade junge Erwachsene. Ein Beispiel ist die Online-Plattform „hassmelden“.

Also spielt die physische Konsequenz in der digitalen Welt keine Rolle?

Ich muss zumindest nicht fürchten, dass ich zusammengeschlagen werde und es ist noch leichter, die Augen zu verschließen und nicht zu handeln. Online-Hass kann sich aber auch offline auswirken, die Welten sind ja verbunden. Also zum Beispiel Klassen-Chats: Wenn man gemobbt wird, ist das ja nicht nur auf den Chat beschränkt, sondern findet auch in der Pause auf dem Schulhof statt.

2014 wurde die 22-jährige Studentin Tugce Albayrak in Offenbach im Rhein-Main-Gebiet schwer verletzt, als sie sich in einen Streit einmischte und erlag später ihren Verletzungen. Der Fall zeigt, dass ein couragiertes Einschreiten auch gefährlich sein kann. Wie kann ich helfen, ohne mich selber in Gefahr zu bringen?

Da gibt es bestimmte Regeln, die man einhalten sollte: Abstand zu den Tätern halten, diese siezen, nicht anfassen – und dann auch Gruppen bilden, Herumstehende mit einbeziehen. Es ist ja auch schon Hilfe, wenn man die Polizei ruft oder wenn man sich als Zeugin bereithält.

Was für eine Wirkung hat es auf die Opfer, wenn die Anwesenden nicht einschreiten?

Häufig berichten Opfer im Nachgang, dass sie genau das am schlimmsten fanden, dieses Alleingelassen sein. Und gar nicht mal die Diskriminierung als solche. Die Passivität der anderen hat dann eine verheerende Wirkung auf die Opfer. Und die Täter interpretieren das als eine Art Unterstützung für ihre Tat.

Welche Bedeutung hat das Thema Zivilcourage aktuell in Zeiten der Corona-Pandemie?

Ich denke Zivilcourage ist momentan nicht das vorherrschende Thema, eher Solidarität. Klar kann es Situationen geben, in denen man Leute darauf hinweist, dass sie gegen bestimmte Regeln verstoßen und andere in Gefahr bringen. Beispielsweise weist man jemanden, der da alles hamstermäßig aufkauft, darauf hin, dass das nicht besonders solidarisch ist. Der Unterschied ist aber der Faktor Risiko: Mit Zivilcourage überschreite ich eine Grenze und etwas bringt mich potenziell in Gefahr.

INTERVIEW: MATHIS BRINKMANN

AfD-„Flügel“ soll sich auflösen

Vorschlag findet Mehrheit im Parteivorstand / Wolfgang Gedeon aus AfD ausgeschlossen

VON JAN STERNBERG

Der rechtsextreme „Flügel“ der AfD muss sich bis zum 30. April auflösen. Die vom Verfassungsschutz als rechtsextremistisch eingestufte Gruppierung bekommt sechs Wochen Gnadenfrist, um ihre Strukturen aufzulösen. Über mehrere Stunden diskutierte der Parteivorstand am Freitag sehr kontrovers darüber, wie und wann eine Auflösung erfolgen könnte. Ein gemeinsamer Vorschlag der Parteichefs Jörg Meuthen und Tino Chrupalla, der Bundestags-Fraktionschefin Alice Weidel sowie der Vorstandsmitglieder Beatrix von Storch und Carsten Hütter fand schließlich eine Mehrheit. Nur „Flügel“-Chef Andreas Kalbitz stimmte dagegen.

Der „Flügel“ wird nun aufgefordert, auf seinem Treffen am Samstag zu erklären, „dass sich der informelle Zusammenschluss ‚Flügel‘ bis zum 30. April selbst auflöst“. Die Rechtsextremen in der Partei sollen ihr Netzwerk also selbst abschaffen.

Die beiden wichtigsten Führungspersonlichkeiten des „Flügels“ sind der Thüringer AfD-Chef Björn Höcke und Brandenburgs AfD-Landeschef Andreas Kalbitz. Kalbitz steht auch persönlich unter Druck: Mehrere Medien berichteten, dass der Verfassungsschutz Belege habe, dass eine „Familie Andreas Kalbitz“ von der „Heimattreuen Deutschen Jugend“ als Mitglied geführt wurde. Der rechtsextreme Verein steht auf der Unvereinbarkeitsliste der AfD. Wenn die Information bestätigt wird, könnte der Bundesvorstand beschließen, Kalbitz' AfD-Mitgliedschaft zu annullieren – ohne Parteiausschlussverfahren.

„Flügel“-Gegner zeichneten Höcke mit Hitler-Bärtchen

Das Bundesamt für Verfassungsschutz hatte in der vergangenen Woche erklärt, der „Flügel“ sei eine „erwiesene extremistische Bestrebung“, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richte. Etliche Kritiker des „Flügels“ innerhalb der AfD befürchten nun, dass die gesamte Partei demnächst vom Verfassungsschutz als Verdachtsfall eingestuft werden könnte. Sie argumentieren, da der „Flügel“ keine formale Mitgliedschaft kenne, sei die Abgrenzung zur Gesamtpartei schwierig.

Höcke hat sich in den vergangenen Wochen aggressiv gegen seine innerparteilichen Gegner gestellt. Das hat die Fronten weiter verhärtet. Bundesvorstandsmitglied Alexander Wolf griff Höcke scharf an: „Björn Höcke ist der König der Eigentore. Allzu viele Äußerungen von ihm haben der Partei in den vergangenen Jahren geschadet – und machen die Partei für viele im Westen unwählbar“, sagte der Hamburger



Wolfgang Gedeon braucht eine neue politische Heimat. MURAT/DPA

Fraktionschef dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. „Es ist perfide, dass ausgerechnet er jetzt Solidarität und Einheit einfordert, der laufend innerparteiliche Kontrahenten diffamiert, als ‚Feindzeugen‘, als ‚Bettnässer‘, als ‚Halbe‘ und sie ‚ausschwitzt‘ will.“ Höcke hatte zuletzt mit der Äußerung, bestimmte Leute sollten „allmählich auch mal ausgeschwitzit werden“, den Unmut vieler AfD-Funktionäre auf sich gezogen.

Wolf hatte ebenso wie der AfD-Landesverband Nordrhein-Westfalen gefordert, dass Kalbitz und Höcke alles tun sollten, um eine Beobachtung der Gesamt-AfD noch zu verhindern. Beide Strömungen hatten in Chatgruppen mobilisiert. „Flügel“-Gegner nutzten dafür sogar ein Höcke-Bild mit Hitler-Bärtchen und Hitler-Scheitel sowie dem Slogan „Keine Macht den Nazis“. Der rechtsextreme österreichische Aktivist Martin Sellner stellte sich im Video-Aufruf auf die Seite des „Flügels“ und warf Höckes Gegnern vor, als „Feindzeugen“ die Partei zu zerstören.

Für große Erleichterung bei Meuthen und Weidel sorgte am Freitag die Entscheidung des Bundesschiedsgerichts der AfD, dass der baden-württembergische Landtagsabgeordnete Wolfgang Gedeon wegen antisemitischer Schriften die Partei verlassen muss. Dass Gedeon nun wegen parteischädigenden Verhaltens aus der AfD ausgeschlossen werde, sei ein „so überfälliges wie richtiges und wichtiges Zeichen“, sagte Meuthen. Gedeon habe der Partei mit seinen „israel-feindlichen und antisemitischen Positionen über Jahre schweren Schaden zugefügt“, betonte Meuthen.

Weidel, die Vorsitzende des baden-württembergischen Landesverbandes ist, erklärte: „Ich bin froh, dass der Ausschluss nun endgültig erfolgt ist“. Gedeon habe „zerstörerischen Unfrieden gestiftet“, heißt es in einer Erklärung des Landesverbands vom Freitag. mit dpa